

ERMITTLUNGEN IN GUANTÁNAMO

Bundesanwaltschaft unter Beschuss

Eine Menschenrechtsorganisation und einzelne Parlamentarier kritisieren scharf, dass die Bundesanwaltschaft Gefangenen des US-Lagers Guantánamo Fotos von mutmasslichen Schweizer Islamisten vorlegen liess.

Daniel Vischer (Grüne, ZH), Präsident der nationalrätlichen Rechtskommission, spricht von einem «Skandal». Zudem ist er entschlossen, im Parlament einen Vorstoss einzureichen, um im Parlament «die Aufsicht» über die Bundesanwaltschaft (BA) zu thematisieren.

Neu im Inland

Konkret geht es um folgenden Vorwurf: Die BA habe im Rahmen von Ermittlungen in der Schweiz Fotos sichergestellt und diese der US-Bundespolizei FBI übergeben. Das FBI soll Gefangene in Guantánamo mit den Bildern konfrontiert haben. Mit diesem Vorgehen wollte die BA herausfinden, ob die in der Schweiz angeschuldigten Personen den Inhaftierten bekannt waren oder ob diese Personen tatsächlich in den Trainingslagern in Afghanistan gesehen worden waren.

Belege liegen vor

Die Vorlage der Fotos ist belegt, wie der «Blick» berichtete: Aus dem kürzlich veröffentlichten Jahresbericht der Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) und der Geschäftsprüfungsdelegation (GPDeI) des Parlaments geht hervor, dass die BA die Vorlage der Fotos in Guantánamo zugibt. Welche Antwort die BA aus den USA erhalten hat, darüber schweigt der Bericht. Es heisst nur, dies sei über den «formellen justiziellen Rechtsweg» geschehen. Die GPDeI zeigte sich mit der Antwort zufrieden: Man sehe «keine Notwendigkeit für weitere Massnahmen der Oberaufsicht» durch das Parlament.

Die Vorwürfe sind nicht neu. Schon 2005 wurden solche Ermittlungen der BA kritisiert. Die «Sonntags-Zeitung» schrieb damals, dass der stellvertretende Bundesanwalt Claude Nicati dem FBI 141 Fotos übergeben habe, zu denen Guantánamo-Häftlinge befragt werden sollten. Diese Bilder seien im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen den Tessiner Bankier Youssef Nada sichergestellt worden.

Harte Kritik

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (ai) verurteilte gestern die Doppelmoral der Schweiz. Es gehe nicht an, dass die Schweiz offiziell verlange, dass auf Guantánamo die Genfer Konventionen eingehalten würden, was ein Folterverbot einschliesse, und zugleich die BA mit der Folterinstitution auf Kuba zusammenarbeite, sagte ai-Sprecher Jürg Keller der Nachrichtenagentur SDA. Aussenministerin Micheline Calmy-Rey hat wiederholt die Einhaltung dieser Konventionen gefordert. Doch das Aussendepartement wollte gestern zur Kritik an der BA keine Stellung beziehen.

Zurückhaltende BA

Auch die BA selbst erwiderte gestern nichts auf die Vorwürfe. BA-Sprecherin Jeannette Balmer verwies auf eine Stellungnahme des Bundesrats im vergangenen Herbst. Die Antwort der Landesregierung auf eine Interpellation von Nationalrat J. Alexander Baumann (SVP, TG) bestätigte den Sachverhalt.

Der Präsident der ständerätlichen Rechtskommission, Franz Wicki (CVP, LU), bezweifelt, dass Antworten der Guantánamo-Häftlinge für die BA überhaupt von Wert sind: Als Verteidiger würde er hinter solche Beweise grosse Fragezeichen setzen, sagte er gegenüber DRS.

Bernhard Kislig

[30.01.07]

Google-Anzeigen

ADSL: aktuelle Angebote

Vergleich Angebote und Infos ADSL Bluewin und Cybernet

www.portal111.ch

Haarausfall News

Klinisch geprüfte Formel verspricht bis 84 % mehr Haare in 4 Monaten.

www.capris.de

Vom Festnetz zum Handy

Erste VoIP-Mobilfunk Flatrate Nur 4 Wochen Mindestlaufzeit!

www.PepPhone.de

Surfen und Telefonieren

Finden Sie Dsl Flatrate hier, Auf zum günstigen Anbieter!

suchagenten.com